



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Thomas Wedel
Pressesprecher

thomas.wedel@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Baugenehmigungen: BFW-Präsident fordert stärkeren Fokus auf Ballungsgebiete

Berlin, 17.03.2021. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen in Deutschland hat im vergangenen Jahr nur geringfügig zugelegt. Laut Statistischem Bundesamt gab es 2020 einen Anstieg um knapp 8.000 Wohnungen oder 2,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. BFW-Präsident Andreas Ibel mahnt eine detaillierte Betrachtung an. „In Ballungsgebieten ist bezahlbarer Wohnraum weiterhin knapp und teuer“, so Ibel in Berlin. Entscheidend sei sowohl die regionale Verteilung der Baugenehmigungen als auch der Anteil von Ein- und Mehrfamilienhäusern.

„Der geringe Anstieg bei den Baugenehmigungszahlen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir insbesondere in den Ballungsgebieten noch weit entfernt sind vom eigentlichen Neubaubedarf“, sagt der BFW-Präsident. Zwar gebe es bei den Baugenehmigungen für neue Ein- und Zweifamilienhäusern klare Zuwächse (2,4 bzw. 20,5 Prozent). Bei Mehrfamilienhäusern stagniere die Zahl dagegen (+0,4 Prozent). „Baugenehmigungen müssen vor allem dort schnell erteilt werden, wo bezahlbarer Wohnraum dringend gebraucht wird, und das sind die Metropolen“, ergänzt Ibel. Er verweist auf die rückläufige Zahl der Baugenehmigungen in Berlin und gesunkene Fertigstellungszahlen für 2020 in Hamburg.

„Wir brauchen den gemeinsamen politischen Willen für mehr Neubau bei Bund, Ländern und Kommunen, wenn der Anstieg der Mieten langfristig gedämpft werden soll. Dies setzt auch Planungssicherheit für die mittelständische Immobilien- und Wohnungswirtschaft voraus. Undurchschaubare Vorschriften, langwierige Genehmigungsverfahren und ständige Eingriffe ins Mietrecht machen Investitionen in den Neubau unattraktiv. Gerade am Beispiel Berlins zeigt sich, dass die Mietpolitik komplett am Bedarf vorbeigeht“, so Ibel mit Verweis auf den Mietendeckel in der Hauptstadt.

Der BFW-Präsident fordert außerdem, dass die Politik angesichts der Corona-Krise einen stärkeren Fokus auf die Entwicklung der Innenstädte legt. „Wenn wir auch in Zukunft attraktive und lebendige Innenstädte wollen, müssen wir das Wohnen dort leichter ermöglichen“, unterstreicht Ibel. „Die Corona-Krise erfordert schnelle Entscheidungen und schlanke Prozesse in allen Bereichen – auch beim Bauen“, resümiert der BFW-Präsident.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.